

**PARLAMENTARISCHE REGIERUNG -
AUSSERPARLAMENTARISCHE
OPPOSITION?**

PARLAMENT UND
PROTEST IN DER
DEMOKRATIEGESCHICHTE

JAHRESTAGUNG **2023**



28.-29. September 2023 | Historisches Museum, Frankfurt am Main

Impulsvortrag | Philipp Gassert

Warum Menschen in liberalen Demokratien demonstrieren: Zum Verhältnis von Parlamentarismus und Protestbewegungen

In vier Thesen charakterisiert Gassert die Bedeutung von Protestbewegungen in der Demokratiegeschichte: Beim Straßenprotest handele es sich um eine verkörperlichte Form politischer Kommunikation. Die Kommunikation funktioniere, weil sie an Tradition und Geschichte anknüpfen kann. Dabei gehe es aber nicht nur um eine Kommunikation nach außen, Sinn- und Gemeinschaftsstiftung innerhalb einer Gruppe sei manchmal sogar fast wichtiger. Protest in liberalen Demokratien sei nicht nur erlaubt, sondern erwünscht. Selbstverständlich sei „die Straße“ genauso ein Ort der Demokratie und Demokratiegeschichte wie das Parlament.

Warum gehen Menschen auch in liberalen Demokratien im Protest auf die Straße, um ihre Unzufriedenheit mit einem politischen oder gesellschaftlichen Zustand zu artikulieren? Sie könnten sich doch schlicht und einfach an ihre gewählten RepräsentantInnen wenden? Offensichtlich reicht aber eine parlamentarische Befassung mit einem Thema nicht aus, um allen Seiten einer Debatte gerecht zu werden. Warum aber bedarf es im 21. Jahrhundert der physisch-präsenten, körperlich-performativen Sichtbarmachung eines Anliegens auf öffentlichen Straßen und Plätzen? Verfügen wir nicht über kommunikative Möglichkeiten, von denen frühere Protestgenerationen nur hätten träumen können? Die Öffentlichkeit kann heute mittels sozialer Medien, von Facebook, über Twitter (X), Instagram und unzählige andere Kanäle, extrem niederschwellig und basisdemokratisch bespielt werden. Warum nicht einfach bequem von zuhause, vom Bildschirm aus protestieren?

Offenkundig hat sich Straßenprotest nicht überlebt, weder institutionell, noch medial, noch politisch, obwohl wir in einem völlig anderen Umfeld leben als die Liberalen im Vormärz, die sich 1832 am Ham-



Philipp Gassert bei seinem Impulsvortrag auf der Jahrestagung
Foto: GEDG / I. Pare

bacher Schloss versammelten, die Revolutionäre der Paulskirche von 1848, die Arbeiterbewegungen des Kaiserreichs, die im Zeitalter von Flugblättern und Massenpresse demonstrierten, oder die Gegeneliten der Studentenbewegung der 1968er Jahre, die im Fernsehzeitalter auf die Straße gingen, als elektronische Medien erstmals eine neue Unmittelbarkeit der visuellen Erfahrung von Protest ermöglichten. Trotz vielfacher medialer Umbrüche und politischer Transformationen ist die Straße konstant eine zentrale Bühne zur Kommunikation gesellschaftlicher Konflikte und Anliegen geblieben. Sichtbarer Protest und damit dessen vordergründiger Erfolg wird weiterhin daran gemessen, dass sich Menschen massenhaft physisch in der Öffentlichkeit versammeln. Rein mediale Formen reichen dafür nicht aus. Warum?

Ich will auf diese Fragen in vier Thesen eingehen. Ich hoffe, dass dies auch Antworten zur Frage nach dem Verhältnis von Demokratie-, Parlaments- und Protestgeschichte nahelegt, somit zum Gegenstand der Tagung. Meines Erachtens handelt es sich bei Protest- und Parlamentarismusgeschichte um unterschiedliche Forschungsansätze und Perspektiven, die aber im Kern an der gleichen Sache interessiert sind: Wie in einer offenen, liberal-demokratischen Gesellschaft politische Fragen debattiert, Entscheidungen vorbereitet und gefunden und dabei soziale Konflikte reguliert werden. Analytisch und institutionell sind Parlamentarismus- und Protestforschung getrennt. Doch in der politischen Realität der westlichen Demokratien sind Parlament und außerparlamentarischer Protest eng verflochten, sprechen doch Protestbewegungen, in aller Regel, eine politische Entscheidungsebene gewählter RepräsentantInnen an. Daher müsste die Forschung zumindest punktuell auch stärker aufeinander bezogen werden.

Der Einstieg soll über die aktuellen Klimaproteste erfolgen. Sie knüpfen an etablierte Muster unserer Protestgeschichte an: Weder in der massentauglichen Variante der „Fridays for Future“, noch in der disruptiven Radikalisierung der „Letzten Generation“ sind sie einzigartig.

Das Repertoire ist überliefert, Straßendemonstrationen und Blockaden sind nun wahrlich nicht neu. Auch inhaltlich greifen sie in eine schon länger, seit den frühen 1990er Jahren auch parlamentarisch geführte Debatte über den Klimawandel ein. Mit etwas Skandal („Schulstreik“, „Unterricht schwänzen“) werden erwartbare Reaktionen provoziert. Mehr Aufmerksamkeit wurde so auf das Thema der globalen Erwärmung gelenkt. Auch eine „geborene digitale Generation“ wie die „Fridays“, die sich untereinander und mit der Welt permanent online verbinden, konnte sich wirksamen, d.h. hörbaren und sichtbaren Protest gar nicht anders als in der Straße performativ aufgeführt vorstellen. Aus der Demonstration heraus wurde kommuniziert und gepostet und somit das nachrichtenwürdige Ereignis geschaffen, das erst die physische Straßenpräsenz generiert.

Ein Thema im politischen Diskurs zu priorisieren, es zu pushen, ihm im Ringen um knappe mediale und gesellschaftliche Aufmerksamkeiten mehr Sichtbarkeit zu geben (es eben mit einem Ausrufezeichen zu versehen), ist ein in der Demokratie gängiges Verfahren. Aufmerksamkeit wird auf den unterschiedlichsten Wegen geschaffen. Protest physisch präsent zu inszenieren ist dabei nur eines von vielen Mitteln, eine Seite einer parlamentarisch und außerparlamentarisch geführten politischen Debatte zu stärken. In liberalen Demokratien findet der Löwenanteil unserer zwingend konflikthaften Debatten über politische Präferenzen nicht innerhalb, sondern außerhalb der Parlamente statt. In ihrer kommunikativen Funktion als Argumentverstärker in einer Debatte sind außerparlamentarische Proteste nicht exzeptionell, sondern „normal“.

Sicher, Parlamente sind formal rechtlich gesehen die Orte, wo Macht verteilt, kontrolliert und entzogen wird, wo Gesetze und damit Regeln des Zusammenlebens debattiert und beschlossen werden. In präsidentiellen Systemen, in den USA oder Frankreich, können sie auch gegen die Regierung verabschiedet werden. In parlamentarischen Demokratien ist dies eher die Ausnahme. Aber in beiden Varianten der liberalen Demokratie werden parlamentarische Ent-

scheidungen in Gremien wie Koalitionsausschüssen oder auf Parteitagen vorbereitet und in den vielgescholtenen „Hinterzimmern der Macht“ vorbesprochen, die in der Verfassung nicht vorgesehen sind. Kurzum: Parlamente sind wahrlich keine hermetisch abgeschlossenen Räume, sondern sie stehen in einer osmotischen Beziehung zu anderen Arenen der politischen Debatte und des gesellschaftlichen Streits. Auch für die Mitglieder der Parlamente ist der Plenarsaal nur ein Forum unter vielen – und bei weitem nicht das Wichtigste –, um Mehrheitsentscheidungen herbeizuführen, zu kritisieren und zu verteidigen.

Das heißt, dass das Parlament und die darin verkörperte repräsentative Demokratie in engen kommunikativen Austauschbeziehungen mit der Gesellschaft und dem Volk steht: Vom Auftritt im Bierzelt über die Beteiligung an einer Talkshow bis zum Meinungsartikel in einer Zeitung und zum nächtlichen Tweet sind ParlamentarierInnen vielfältig außerparlamentarisch engagiert. Manche sollen sogar schon auf einer Demo gesichtet worden sein! Protest, allzumal Straßenprotest, ist, wie es in der Einladung zu dieser Tagung heißt, integraler Bestandteil der Demokratiegeschichte. Nüchtern funktional betrachtet ist Protest eine von mehreren Methoden, ein Thema politisch und gesellschaftlich öffentlich zu platzieren und so zu priorisieren. Genau dies war den „Fridays for Future“ mit ihren Demonstrationen gelungen. Das Thema „Klima“ findet seit dem Sommer 2018 in der deutschen Öffentlichkeit wieder sehr viel mehr Beachtung als vor dem Beginn dieser neuen Jugendbewegung.

THESE 1: *Protest ist Politik mit dem Ausrufezeichen: Bei Straßenprotest handelt es sich um eine spezielle, verkörperlichte Form der politischen Kommunikation.*

Daher nenne ich Protest „Politik mit dem Ausrufezeichen“, denn er setzt, wie andere Formen der öffentlichen Rede, auf das Exklamatorische, Zugespitzte, durchaus auch Holzschnittartige, zeichnet kräftige schwarz-weiß Bilder und lässt das Differenzieren beiseite.¹ Aber auch das kennen wir von anderen Formen der politischen Rede: Zentrales Charakteristikum aller Proteste (wie aller Rede) ist, an eine Öffentlichkeit zu appellieren. In der Moderne ist diese Öffentlichkeit regelmäßig medial vermittelt. Protest muss sichtbar oder hörbar sein; unsichtbarer und stummer Protest ist kein Protest. Es muss irgendwo von irgendwem darüber berichtet werden.



Protest ist Politik mit dem Ausrufezeichen

Protest ist somit (nur) eine spezielle Form politischer Kommunikation. Nicht mehr und nicht weniger. Er setzt stärker als andere Varianten der politischen Rede auf die „Sprache der Körper“, auf den performativen Akt des Marschierens, Blockierens oder sich Versammelns. Dieses performative, körperliche, im Straßenraum Inszenierte ist im politisch-kommunikativen Sinne das Alleinstellungsmerkmal des Protests. Aber natürlich will „die Straße“ in aller Regel mit dem Parlament interagieren, weil es in der liberalen Demokratie nicht gleich um Umsturz und Regimewechsel geht (was sie auch in dieser Hinsicht von autoritären Systemen und Diktaturen unterscheidet). Sondern es werden Antworten und Lösungen für die performativ im Protest herausgehobenen Probleme erhofft. Diese Antworten wollen die Protestierenden oft selbst gar nicht geben.

Unter Straßenprotest verstehe ich daher in Anschluss an die Philosophin Judith Butler eine verkörperlichte Handlung zur Artikulation

¹ Das folgende stützt sich überwiegend auf Philipp Gassert: *Bewegte Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte seit 1945*, Stuttgart 2018.

politischer oder sozialer Forderungen.² Straßenprotest hat innerhalb der Protestkultur eine spezielle Funktion: er geht performativ über das schriftlich weiter Ausdifferenzierte und auch das rein mündlich Kommunizierte hinaus. Er ist mehr als das, was auf einer Demonstration gesagt oder auch gerufen wird. Das Non-Verbale ist ein eigener, quasi vorsprachlicher Diskurs: Neben Parolen oder Plakaten, dem Reden auf Kundgebungen und dem Rufen und Schreien hat die physische Präsenz von Menschen in öffentlichen Räumen eine eigene Bedeutung jenseits der Rede.

Diese Unterscheidung zwischen der freien Rede und der performativen Seite unserer Protestkultur mag haarspalterisch wirken. Nur liegt der Grund der Unterscheidung in der sozialen Wirklichkeit: Das Publikum trifft genau diese Unterscheidung. Versammlungen, Demonstrationen, Märsche und Blockaden folgen in der öffentlichen Wahrnehmung einer anderen Interaktionslogik als die Rede. Sie vermitteln eine andere Botschaft. Jeder und jede kann sich auf sozialen Medien in den tiefen Stunden der Nacht ungestört der freien Meinungsäußerung hingeben. Aber Straßenprotest ist voraussetzungsreich, verlangt Opfer und Einsatz: dieses Engagement mit dem eigenen Körper wird von außen gesehen und anerkannt.



Protesthandeln folgt historischen Vorbildern

Dieser Unterschied ist unmittelbar einsichtig beim stillen Protest der Mahnwache oder dem Schweigemarsch nach rassistischen Attentaten. Hier wird in stummer Rede allein auf die performative Wirkung der Körper vertraut. Die Körper-Symbolik ist eine andere, weil die Kör-

per selbst das Argument sind. Das Beispiel der Lichterketten untermauert, dass der verkörperlichte Ausdruck politischer Forderungen etwas anderes ist als der sprachlich übermittelte Code. Indes müssen wir auch in der Lage sein, die Lichterkette als Protest zu verstehen.

Daher machen auch die meisten Verfassungen diesen Unterschied: Das Grundgesetz garantiert nicht nur die Meinungsfreiheit (Art. 5), sondern auch das Recht „sich friedlich und ohne Waffen unter freiem Himmel zu versammeln“ (Art. 8, Abs. 1). Ähnlich wird in den USA neben „free speech“ auch das Recht „to peaceably assemble“ als eines unter mehreren First Amendment Rights garantiert. Die französische Verfassung von 1791 kannte beides, ebenso das von der Paulskirche 1848 beschlossene „Gesetz, betreffend die Grundrechte des deutschen Volkes“. Die Unterscheidung ist somit herkömmlich. Die demokratisch-liberalen Verfassungen, die ja überwiegend aus revolutionären Bewegungen hervorgegangen sind, gehen ganz selbstverständlich von außerparlamentarischen Formen der politischen Debatte aus, daher müssen sie auch geschützt und garantiert werden.

THESE 2: *Protest hat Geschichte: Protesthandeln folgt historischen Vorbildern, das Repertoire ist tradiert. Er funktioniert aus Erfahrung.*

Dass die Geschichte selbst ein soziale Handlungen prägender Faktor ist, ist für HistorikerInnen keine besondere Erkenntnis: Wir erkennen Straßenprotest als Protest und nicht als eine Art Freizeitbeschäftigung, die er ja auch sein kann.³ Als verkörperlichte Variante der politischen Kommunikation ist der Straßenprotest schlicht überliefert. Er hat Geschichte. Daher sind unsere herkömmlichen Formen wie die

² Vgl. Judith Butler: Anmerkungen zu einer performativen Theorie der Versammlung, Frankfurt am Main 2016.

³ Vgl. Gregor J. Betz: Vergnügter Protest. Erkundungen hybridisierter Formen kollektiven Ungehorsams, Wiesbaden 2016.

Demonstration oder die Blockade der KlimaaktivistInnen kulturell spezifisch und Ergebnis eines Entwicklungsprozesses, auch wenn sich das Protestrepertoire inzwischen weltweit verbreitet hat. Ostasiatische Länder wie China kennen Formen des Straßenprotests, die für Menschen im Westen zumindest auf den ersten Blick gar nicht als Protestaktionen erkennbar wären.⁴



Als Historiker bin ich erschüttert, wie geschichtsvergessen die Debatte über die disruptiven Blockaden der „Letzten Generation“ verläuft.

Protest ist in einem doppelten Sinne „historisch“. Das Repertoire ist überliefert und gewachsen, folgt historischen Pfaden: Märsche, Demonstration, Massenversammlung und Platzbesetzung sind das Ergebnis einer Entwicklung, übrigens auch einer erfolgreichen Zivilisierung, denn Straßenprotest war noch im 19. Jahrhundert nicht selten gewaltförmig, denken wir an den Hecker-Zug oder die sogenannten „Widersetzlichkeiten“ und Aufstände der Bauern in der 48er-Revolution.⁵ Diese historischen Vorbilder prägen gegenwärtiges Protesthandeln, einerseits über die Weitergabe von Protest-Techniken und Bewegungswissen, andererseits über die Normierung von Erfolg. Protest funktioniert eben auch, weil er in der Vergangenheit funktioniert hat, weil er als Form politischer Kommunikation überliefert ist. Es wird zur Zeit viel über die disruptiven Blockaden der „Letzten Generation“ debattiert. Als Historiker bin ich erschüttert, wie geschichtsvergessen die Debatte verläuft: Auch in der alten Bundesrepublik ging es nicht allein um die Blockade von Kasernen oder Zufahrten zu AKW-Baugeländen und damit des betroffenen Objekts und der direkten politischen Gegenseite, wie manchmal behauptet wird. Auch damals gab es schon Blockaden des Individualverkehrs, die unbeteiligte Bürger in Mitleidenschaft zogen, so etwa im Kontext der Friedensbewegung der 1980er Jahre.⁶ Landwirte und LKW-Fahrer haben sehr viel Übung darin, ganze Innenstädte oder Autobahnen zum Teil sogar für mehrere Tage lahmzulegen. Das hat in der Vergangenheit kaum Talkshow-Grundsatzdebatten über Gewalt durch verwerfliche Nötigung durch LKW-Blockierende hervorgerufen und auch nicht zur präventiven Inhaftierung von diesen „Gewalttätern“ geführt. Im Gegenteil, von dem bayerischen Ministerpräsidenten Franz-Josef Strauß ist sogar überliefert, dass er 1984 einer Gruppe LKW-Fahrer einen Solidaritätsbesuch abstattete, die gerade die Inntalautobahn blockierten.⁷

Nicht allein das Repertoire hat eine Geschichte, sondern Protestler stellen sich immer wieder bewusst in historische Traditionen. So knüpften einige der Demonstrierenden während der Besetzung des Bauplatzes des AKW Wyhl in Südbaden am „armen Konrad“ des Bauernkriegs oder am Hecker-Zug von 1848 an. In Frankreich finden wir 2023 das Phänomen, dass Aspekte des Charivari aus der Juli-Monarchie der 1830er Jahre in „Casseroladen“ reaktiviert werden.⁸ Das höllische Spektakel der Topfkonzerte wird aufgeführt, wenn sich die Premierministerin oder der Präsident auf Reisen in die Provinz begeben, nach dem Muster: „Macron, denke an Louis-Philippe“, d.h. den

⁴ Vgl. Ho-Fung Hung: Protest with Chinese Characteristics. Demonstrations, Riots, and Petitions in the Mid-Qing Dynasty, New York 2011.

⁵ Hierzu etwa Rainer Wirz: „Widersetzlichkeiten, Excesse, Tumulte und Skandale“. Soziale Bewegung und gewalthafter sozialer Protest in Baden 1815-1848, Frankfurt am Main 1981.

⁶ Thomas Balistier: Straßenprotest. Formen oppositioneller Politik in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1979 und 1989, Münster 1996, S. 151.

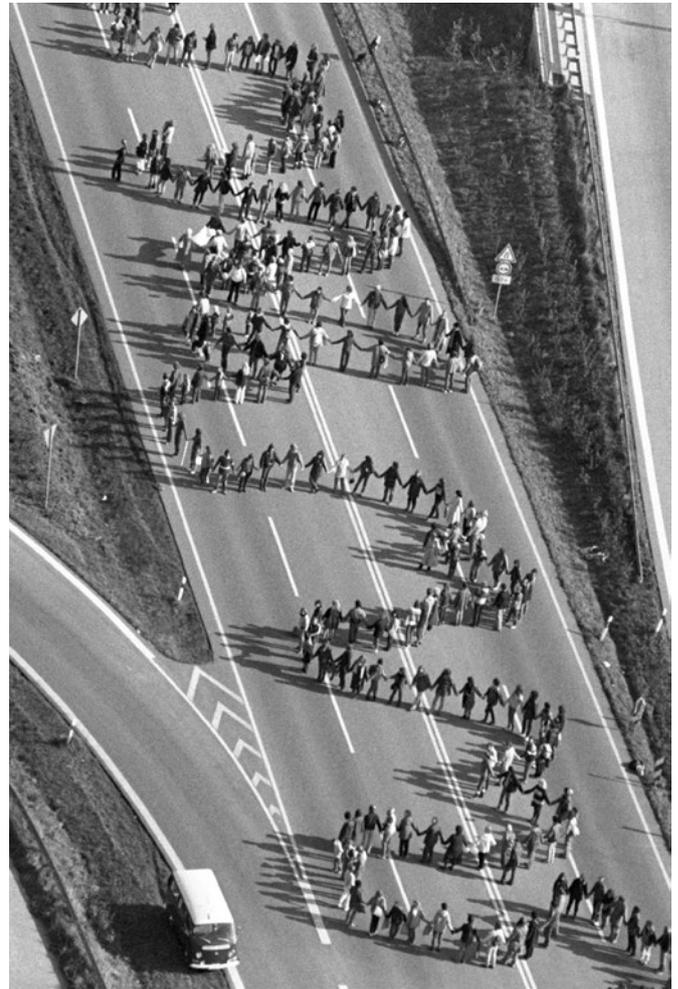
⁷ Vgl. Philipp Gassert, Mehr Schaden als Nutzen? Die radikalen Aktionen der „Letzten Generation“ im Kontext der deutschen Protestgeschichte, in: Einsichten + Perspektiven 1 2023, S.30-41, hier: S. 35, https://www.blz.bayern.de/einsichten-und-perspektiven-1-2023_p_440.html [abgerufen am 30.10.2023].

⁸ Pierre Bouvier, Le concert de casseroles, un outil de contestation tapageur et historique, Le Monde, 19. Apr. 2023, https://www.lemonde.fr/politique/article/2023/04/19/le-concert-de-casseroles-un-outil-de-contestation-tapageur-et-historique_6170219_823448.html [abgerufen am 23.05.2023].

Julikönig, der durch die Revolution von 1848 hinweggefegt worden war. Selbstverständlich sind derartige lautstarke Krawalle und Aufführungen auch etwas Selbstermächtigendes, machen Wut und Empörung sichtbar. Und sie unterstreichen, dass es beim Demonstrieren nicht zuletzt um Protestieren selbst geht.

THESE 3: *Protest stiftet Sinn, wirkt performativ nach innen: Es geht nicht zuletzt um das Selbstverständnis der Demonstrierenden (expressive Dimension).*

Man könnte manche Demonstration auch unter das Motto stellen: „Ich demonstriere also bin ich“. Etwas umständlich gesprochen lässt sich das als die „anthropologische Dimension“ von Protest bezeichnen, weil es um das menschliche Selbstverständnis geht. Der Straßenprotest blüht und gedeiht auch deshalb, weil die Erfahrung physischer Interaktion ein menschliches Grundbedürfnis ist. Straßenprotest wirkt nach innen, auf die Demonstrierenden selbst. Es geht nicht zuletzt auch um Sinnstiftung innerhalb des demonstrierenden Kollektivs. Die Sozialwissenschaft nennt das die „expressive Dimension“ von Protest.⁹ Gemeinschaft wird nicht nur in symbolisch abstrakter Form erfahren. Die Erfahrung des Protestierens erzeugt einen potenziellen emotionalen Zugewinn, ein Gefühl der Gemeinschaft; das wiederum lässt sich nicht einfach so medial ersetzen. Das lässt sich sehr gut an der Friedensbewegung der 1980er Jahre zeigen, wo der „heiße Herbst“ des Jahres 1983, der sich nun zum 40. Mal jährt, auf die Bundestagswahl vom Frühjahr 1983 folgte. Diese hatten Helmut Kohl und die christlich-liberale Regierung in ihrem Amt be-



Menschenkette auf der B10 zwischen Plochingen und Ulm. Auf einer Strecke von 108 Kilometern Länge von Stuttgart über die Schwäbische Alb nach Neu-Ulm reichten sich 220.000 Menschen aus Protest gegen die Stationierung von neuen US-amerikanischen Mittelstreckenraketen die Hände. Aufgenommen am 22. Oktober 1983

Foto: picture alliance / Roland Holschneider

⁹ Kathrin Fahlenbrach, Protest-Räume – Medien-Räume. Zur rituellen Topologie der Straße als Protestraum, in: Sandra Maria Geschke (Hrsg.): Straße als kultureller Aktionsraum. Interdisziplinäre Betrachtungen des Straßenraums an der Schnittstelle zwischen Theorie und Praxis, Wiesbaden 2009, S. 98-110, hier: S. 103.

stätigt. Es war den meisten der Demonstrierenden klar, dass die Aussicht auf die Nicht-Stationierung der Atomraketen äußerst gering war. Dennoch hatten sie ihren Standpunkt markiert und sich in Opposition zur Mehrheit ihres friedliebenden Selbst versichert und sich dabei über Grundsatzfragen wie das Verhältnis zu Amerika und zur NS-Vergangenheit gestritten und vielleicht auch Klarheit verschafft. Denn der Friedensbewegung ging es nicht allein um den NATO-Doppelbeschluss, dessen Stationierungsteil sie ablehnte, sondern um ein bestimmtes Bild der deutschen Demokratie und der deutschen Gesellschaft.¹⁰

THESE 4: *Protest ist erlaubt und erwünscht: In der liberalen Demokratie ist er politischer Alltag und Normalität, systemisch eingepreist, aber damit auch ambivalent.*

Offene, demokratische Gesellschaften haben nicht allein eine hohe Routine im Umgang mit Straßenprotest und Demonstrationen als Teil politischen Streits entwickelt. Protest ist in seinen nicht-disruptiven Formen, der die Letztentscheidungskompetenz der Regierung im Parlament akzeptiert, eine konsensuale und kaum kontroverse Form politischer Kommunikation. Ja, es ist so konsensual, dass selbst die Regierenden gelegentlich eine Demo inszenieren: So versammelten sich nach dem Terroranschlag auf das satirische Magazin „Charlie Hebdo“ am 11. Januar 2015 nicht nur 1,5 Millionen Menschen aus aller Welt in Paris. Zugleich waren einige Staats- und Regierungschefs für einen Fototermin in einem „hoch gesicherten Abschnitt des Boulevard Voltaire“ aufmarschiert.¹¹

Am 11. Januar 2015 wurde somit ein Mittel aus dem Repertoire kollektiver Akteure von den Spitzen des Staates bewusst eingesetzt. Nicht, um den Status quo kritisch zu hinterfragen, sondern zur Verteidigung der freien Rede in der Demokratie. Sie demonstrierten gegen Terrorakte, die als extremistischer Ausdruck einer Protesthaltung gewertet werden können. Auch in anderen Ländern marschieren Mächtige, um einen Standpunkt gegenüber der Gesellschaft zu markieren, wie jüngst Rahul Gandhi in Indien. Dieser, obwohl Oppositionsführer und Parlamentarier, brach zu einem Yatra, d.h. einem traditionellen Protestmarsch über 100 Tage quer durch Indien auf. Dank des Marsches konnte er in einer politischen Krise das Standing seiner eigenen politischen Person wie auch seiner Partei verbessern.¹²



*Straßenprotest wirkt nach innen,
auf die Demonstrierenden selbst.*

Stellen derartige Protestinszenierungen durch Mächtige nicht den ursprünglich gemeinten Sinn von Straßenprotest auf den Kopf? War nicht der moderne Straßenprotest im 19. Jahrhundert als eine Form gesellschaftlichen Widerstandes entstanden? Wir haben intuitiv historische Protestereignisse wie das Hambacher Fest vor Augen, wenn wir an Demonstrationen denken. Diese normieren bis heute in Form und Inhalt, was unter Protest zu verstehen ist: Protest richtet sich gegen einen gesellschaftlichen Zustand, hinterfragt den Status quo, will ihn im Extremfall durch revolutionären Umsturz überwinden. Protest, so die landläufige Annahme ist pro-modern, transformie-

¹⁰ Vgl. Philipp Gassert: Arbeit am Konsens im Streit um den Frieden. Die Nuklearkrise der 1980er Jahre als Medium gesellschaftlicher Selbstverständigung, Archiv für Sozialgeschichte 52 (2012), S. 491-516.

¹¹ Drei versteckte Wahrheiten hinter dem Trauerfoto von Paris, Focus-Online, 13. Jan. 2015, <https://www.focus.de/politik/ausland/charlie-hebdo-symboltraechtige-inszenierung-der->

[grosse-foto-betrug-hinter-dem-pariser-trauerbild-stecken-drei-geschichten_id_4402839.html](https://www.grosse-foto-betrug-hinter-dem-pariser-trauerbild-stecken-drei-geschichten_id_4402839.html) [abgerufen am 30.10.2023].

¹² Rahul Gandhi walks for 100 days in bid to challenge Modi in 2024 election, Japan Times, 29. Jan. 2023, <https://www.japantimes.co.jp/news/2023/01/29/asia-pacific/politics-diplomacy-asia-pacific/rahul-gandhi-march-election/> [abgerufen am 30.10.2023].



Staats- und Regierungschefs demonstrieren nach dem Terroranschlag auf das satirische Magazin „Charlie Hebdo“ am 11. Januar 2015

Signatur B 145 Bild-00322359

Foto: Bundesregierung / Kugeler

rend. Er wird vom Volk oder Gegeneliten getragen, er zielt auf den Wandel. Die klassische liberale Erzählung prägt die gesellschaftliche Wahrnehmung von Protest bis heute.

Doch Straßenprotest dient nicht automatisch progressiven Zielen, tritt für mehr Demokratie, mehr soziale Gleichheit und Gerechtigkeit ein. Alle bekannten Formen des Straßenprotests sind politisch und gesellschaftlich ambivalent. Auch Faschisten nehmen dieses Grundrecht wahr, wollen Gegenstände, Themen und Agenden, also Inhalte setzen. Rechtsradikalen ist das Demonstrieren nicht verboten, solange sie sich an die Regeln der freien Rede und des Versammlungsrechts halten. Das unterstreicht aber erneut den Punkt, dass der Protest in den Straßen keine besondere, höhere Wertigkeit hat, sondern eine spezielle Variante politischer Kommunikation ist, wenn auch eine expressiv gesteigerte und verkörperlichte Form der Rede.

Fazit: Straßenprotest oder auch soziale und Protestbewegungen als Träger-Organisationen und Netzwerke von Straßenprotest und

Demonstrierenden stehen in parlamentarischen Systemen nicht in Konkurrenz zur parlamentarischen Politik. Es handelt sich um eine spezielle Form der politischen Kommunikation, eben die mit dem besonders großen, weil „verkörperlichten“ Ausrufezeichen. Er ist so effizient als kommunikativer Verstärker, dass er auch im digitalen Zeitalter nicht verschwindet, sondern im Gegenteil sogar eine neue Intensität von Protesten und Protesterfahrungen ermöglicht. Straßenprotest ist Teil eines auf vielen Ebenen geführten Streits über politisch relevante Themen. Daher ist er nicht ungewöhnlich, sondern „normal“ und in liberal-demokratischen Systemen eingepreist. Wie der Parlamentsboden ist auch die Straße ein Ort der Demokratie und sollte daher in einer demokratischen Erinnerungskultur selbstverständliche und breite Berücksichtigung finden.

Prof. Dr. Philipp Gassert ist seit 2014 Inhaber des Lehrstuhls für Zeitgeschichte an der Universität Mannheim und Mitglied im Vorstand der Kommission für geschichtliche Landeskunde Baden-Württemberg.

Parlament und Protest in der Demokratiegeschichte
Hybride Jahrestagung 2023, 28.29. September 2023, Historisches Museum Frankfurt a.M.

SprecherInnenrat der AG Orte der Demokratiegeschichte (Hrsg.)

Redaktion: Markus Lang

© Gesellschaft zur Erforschung der

Demokratie-Geschichte e.V.

Weimar 2023

Umschlaggestaltung: id | Agentur für Kommunikation

Druck und Bindung: Druckerei Schöpfel, Weimar

ISBN 978-3-949903-10-6